

5mal wöchentlich, Bezugspreis: für Mai 2 R.-M. auschl. Postgebühren. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Kart. Preise: Die eingetragene Beilage 30 S., f. Familien- u. Vereinsanzeigen, Besuche 20 S., Die Welt-Kalenderzeitung 30 mm breit, 1 M. Offertengeld für Selbstabholer 20 S., bei Lieferung d. d. Post außerdem Porto- und Fracht. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Brenn. Wöchentliches Zeit: Josef Bohmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung; auf Erfüllung sowie Erfüllung v. Wagnis-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unbedeutend u. d. Fernpost übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingelangte u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 8 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptverleger: Dr. Josef Albert, Dresden.

# Sächsisches Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Sächsische Buchdruckerei G.m.b.H., Dresden-St. 16, Goldschmidtstr. 46, Remise 127122, Pollichstraße 14720

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden - St. 16, Goldschmidtstr. 46, Remise 127122 und 14720

## Der Krieg der Zukunft

Von Dr. Heinrich Mataja, Wien.

Wir wollen hier nicht etwa vom ewigen Frieden reden, weil es ganz vermessend ist, mit solchen Worten zu spielen. Wir wollen davon reden, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Friede in Europa aufrechterhalten werden kann.

Nun muß es doch auffallen, daß in allen europäischen Staaten so viele Leute, wenn sie erklären, daß man mit dem Krieg als mit etwas Unvermeidlichem rechnen muß, sich auf den mangelnden Friedenswillen anderer berufen, während diese anderen genau das Gegenteil von ihnen sagen. Dabei behaupten beide Gruppen, einander durch Tatsachen überführen zu können. Der große Fehler besteht darin, daß jedes Volk auf das lebhafteste jedes ihm angelegene Unrecht empfindet, aber sich wenig darum kümmert, ob nicht vielleicht das andere Volk seine Handlungsweise ebenso lebhaft als Unrecht empfindet; genau so wie es doch im täglichen Leben zwischen den Leuten zugeht.

Gegen den künftigen Krieg ließe sich schon etwas mehr vorbringen als gegen die bisherigen Kriege. Der Weltkrieg hat der Kriegstechnik und der Kriegsindustrie einen ungeheuren Impuls gegeben und der nächste Krieg, der alle diese Fortschritte der Technik und der Industrie zur Anwendung bringen würde, der würde selbstverständlich mit ganz anderen Mitteln geführt werden, auch als der Weltkrieg selbst. Wenn wir nur die Vermehrung der Luftgeschwader, die verfeinerte Anwendung von Explosivstoffen und giftigen Gasen in Betracht ziehen, so haben wir es in Zukunft nicht mehr mit Kriegshandlungen zu tun, die darauf angelegt sind, den Widerstand des Gegners zu brechen, sondern darauf, das feindliche Heer und zum Teil das feindliche Volk auszurotten. Wenn ein solcher Vernichtungskampf das Resultat unserer Zivilisation, unserer Kultur sein soll, dann wäre es wirklich besser, wenn wir in der tiefsten Barbarei stecken geblieben wären, denn dann würden wir wenigstens das unglückliche Widerwärtige dieser Vorstellung nicht so heftig empfinden. Im übrigen handelt es sich aber gar nicht darum, ob wir Krieg führen sollen. Wir brauchen die Frage gar nicht zu erörtern, ob es vom sittlichen, vom religiösen Standpunkt aus zulässig ist, Krieg zu führen. Das Entscheidende ist, daß aus absehbarer Zeit hinaus ganz Europa keinen Krieg führen kann, daß nicht ein einziger europäischer Staat sich in einen solchen Krieg hineinziehen lassen darf, ohne daß er selbst und ganz Europa mit ihm dem sicheren Verderben anheimfallen würde! Es handelt sich nicht darum, welche Mächtegruppe die andere überwiegen, welche Gruppe die andere zu Boden treten und in Fesseln schlagen würde, weil beide Gruppen in den nämlichen Abgrund stürzen müßten.

Die meisten Leute in Europa sehen die Weltverhältnisse noch so, wie sie etwa vor fünfzig Jahren lagen. Als das große Zentrum der Weltinteressen erscheint ihnen Mittel- und Westeuropa, und mehr oder minder abseits davon stehen Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Dieses Bild ist eine europäische Täuschung. Westeuropa hat sich dahin geändert, daß aus England Großbritannien geworden ist; England ist nicht mehr ein europäisches Land mit einer Reihe von Dominions und Besitzungen, sondern Großbritannien wächst immer mehr zu einem Staatwesen heran, das in fünf Erdteile hineinragt und in dem die englische mit der großbritannischen Politik in hartem Kampf liegt. London gehört nicht mehr in dem Ausmaß zu Westeuropa wie Paris. Die Stellung der Vereinigten Staaten ist heute so, daß ihr Verhältnis zu Mittel- und Westeuropa für sie nichts weniger als ausschlaggebend ist. Jeder Bürger der Vereinigten Staaten wäre mehr erstaunt als ärgerlich, wenn irgendein europäischer Staatsmann oder Politiker eine Ansicht über die Politik der Vereinigten Staaten in amerikanischen Fragen äußern würde, während die Europäer glücklich sind, wenn ein amerikanischer Senator oder ein amerikanischer Journalist sich mit europäischen Fragen beschäftigt. Rußland war seit Jahrhunderten ein Faktor von der höchsten Bedeutung für die europäische Politik. Aber man wird sich schwer der Einsicht verschließen können, daß es seit dem großen Zusammenbruch ein viel selbständigerer Faktor geworden ist. Endlich hat Japan wohl einige Rückschläge in seiner Politik erlitten, ist aber dennoch eine Figur von größter politischer Bedeutung.

Die heutige Weltpolitik muß also mit vier stabilen Zentren rechnen: London, Washington, Tokio und Moskau. Neben ihnen steht das geschwächte und zerstückelte Europa, dem es bisher nicht gelungen ist, einen Ausgleich der Kräfte in seinem Innern zu finden. Während wir uns noch immer für das Zentrum der Welt halten, sinkt unsere Bedeutung von Jahr zu Jahr, andere wachsen neben uns empor und unsere großen Konflikte, an die wir Leib und Leben, das Glück der Nation und die Zukunft der Kultur setzen, können eigentlich nur mehr Verschiebungen mit sich bringen, die für die Weltgeschichte nicht entscheidend sind.

Gut, wird mir der deutsche und der französische Nationalist sagen, gleichgültig für die Weltgeschichte, aber nicht für mein Land und für meine Nation, und wenn wir uns hier die Stellung erkungen haben, die uns gebührt, dann werden wir schon für die Weltgeschichte sorgen! Dies ist der fundamentale Irrtum. Wenn jemals einem Volk oder vielmehr einem ganzen Erdteil das Neue Teufel an die Wand geschrieben war, so dem heutigen Europa.

## Das angebliche Programm Herriots

Die Unschlüssigkeit der Sozialisten — Millerands Festhalten an der militärischen Ruhoekkupation

### Ohne Sozialisten?

Paris, 15. Mai. Daily Mail behauptet, indem sie den Ereignissen vorgeht, daß das Kabinett Herriot unter Ausschluß der Sozialisten, die es selbst nicht anders wollten, lediglich aus Radikalsozialisten und Linkrepublikanern zusammengesetzt sein wird. Es sei wenig wahrscheinlich, daß Briand den Posten eines Ministers für auswärtige Angelegenheiten annehmen werde. Das Programm Herriots könne in den nachstehenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Auswärtige Angelegenheiten: a) Eine Zusammenarbeit mit Großbritannien zwecks Verwirklichung des Sachverständigenrats ohne irgendwelche Vorbehalte hinsichtlich künftiger Sanktionen für den Fall deutscher Verfehlungen. b) Fortdauer der militärischen Operationen im Ruhrgebiet, bis die Bezahlung der Reparationen durch angemessene Garantien sichergestellt ist. c) Stärkung der französischen Finanzen durch eine Politik internationaler Verständigung.

2. Innenpolitik: a) Erlass einer allgemeinen politischen Amnestie, die sich nicht nur auf die Kommunisten und Revolutionäre erstrecken würde, sondern, in die auch Galiläer einbezogen sei. b) Abschaffung der Einkommensteuer.

Paris, 15. Mai. Die überwiegende Mehrheit der Sozialisten ist nach wie vor gegen eine Beteiligung an der Regierung, wenn sie auch bereit ist, einem Kabinett der Radikalen oder Radikalsozialisten nicht nur Neutralität zuzusichern, sondern auch wohlwollende Unterstützung zuzufügen.

### Eine Unterredung mit De Jouvenel

Paris, 15. Juni. Einer der berufsmäßigsten Vertreter aus dem Lager der Linken De Jouvenel macht dem Vertreter der Telegraphen-Union nachstehende Angaben über die politische Lage:

Als Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten in der neuen Regierung kommen lediglich Briand und Herriot in Betracht. Es ist beachtenswert, daß Vincare in seinem letzten Gespräch mit dem Präsidenten Millerand ihn in warmen Worten Herriot als Nachfolger empfohlen hat. Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien haben bisher noch nicht stattgefunden. Herriot befindet sich zurzeit nicht in Paris und ist zu seiner Ankunft werden noch einige Tage verstreichen. Die von einem

Morgenblatt veröffentlichte mutmaßliche Ministerliste ist lediglich als eine leere Kombination zu betrachten. Die große Unbekannte in der politischen Gleichung ist die Haltung der sozialistischen Parteien, deren Mitglieder in der Frage, ob ein Eintritt in die neue Regierung im Parteinteresse liege, sich völlig unentschieden sind. Falls die Sozialisten es ablehnen sollten, sich an der Bildung des neuen Kabinetts zu beteiligen, bricht das Linkskabinett in sich zusammen. Was die Haltung der Linkrepublikaner anbelangt, so glaubt Jouvenel zu wissen, daß sie auf jeden Fall für die neue Regierung stimmen werden. Einer ihrer maßgebenden Führer, Peret habe sich bereits darüber deutlich ausgesprochen.

Die Angaben Jouvenels können dahin ergänzt werden, daß nach zuverlässigen Informationen für den Fall eines Zustandekommens einer Koalition unter Führung Herriots-Briand das Ministerium des Meineren überschrieben würde. Im übrigen war in der gestrigen Morgenpresse das Gerücht verbreitet, daß Millerand von dem künftigen Ministerpräsidenten nachfolgende drei Programmpunkte verlangen werde: 1. Fortsetzung der Ruhraktion bis zur völligen Bezahlung der deutschen Schulden; 2. Aufrechterhaltung der Vertretung im Vatikan; 3. Vorläufige Nichtanerkennung der Sowjetregierung. Herriot schreibt man in hiesigen Kreisen die Absicht zu, daß er sich mit Punkt 1 und 2 einverstanden erklären werde, Punkt 3 dagegen verwerfe. Ueber die voraussichtliche Haltung Millerands im Falle einer teilweisen oder völligen Ablehnung des obengenannten Programms werden keine bestimmten Ansichten vertreten. Eine Londoner Meldung, zu der in Paris keinerlei Stellung genommen wird, besagt, daß Millerand für den Fall einer Ablehnung seines Programms ein unparlamentarisches Kabinett (Kabinett de salut und de national) ernennen werde und ohne Kammer regieren wird. In der Meldung wird behauptet, daß eine solche Möglichkeit von der französischen Gesetzgebung vorgesehen sei.

Paris, 15. Mai. Der Exzellenz erklärt in einer aufsehenerregenden offiziellen Note, daß Präsident Millerand eventuell zur Not die eine Forderung, auf Aufrechterhaltung der französischen Vertretung beim Vatikan, sowie die Anerkennung Sowjetrußlands fallen lassen werde, dagegen daran festhält, daß die Ruhr erst nach Nachzahlung der deutschen Zahlungen von militärischen Standpunkten aus geräumt werde. Das Blatt hebt hervor, daß die Radikalsozialisten im Hinblick auf die Notwendigkeit, Frankreich die Reparationen zur Verfügung zu stellen, sich mit dem Standpunkt des Präsidenten einverstanden erklärt werden.

## Der National-Kongreß der Sozialisten

Am 1. und 2. Juni

Paris, 15. Mai. Die sozialdemokratische Parteiführung hat gestern abend beschlossen, den Nationalkongreß am 1. und 2. Juni einzuberufen. Gegenstand der Ausprache bildet die Frage der evtl. Mitwirkung der Partei an der Kabinettsbildung, sowie die allgemeine politische Situation.

Paris, 15. Mai. Der Abgeordnete Léon Blum erklärt in „Populaire“, daß er auf dem sozialistischen Kongreß in Berlin am 1. und 2. Juni d. J. die bereits in Parteifolge von ihm vertretenen Thesen wieder aufnehmen werde, daß erstens die französischen Sozialisten hinsichtlich der Mitwirkung bei der Regierung sich nicht unter den von der Amsterdamer Resolution vorgeschriebenen außergewöhnlichen Umständen befinden. Zweitens würde die Mitwirkung sowohl für die Radikalen wie auch für die Sozialisten die gefährlichsten Schwierigkeiten herbeiführen. Drittens könne die Unterstützung, die die Sozialisten entsprechend der Resolution von Parteifolge jeder Regierung zu leisten bereit seien, die ausdrücklich beschlossen sei, demokratische Reformen durchzuführen, sicherer, stetiger und wirksamer von außen her als in der Regierung selbst erfolgen. — Nach der „Ere Nouvelle“ stehen im Gegensatz zu Blum die sozialistischen Abgeordneten Renaudel, Boncour und Varenne auf dem Standpunkt, daß man sich an der Regierung beteiligen solle.

Paris, 15. Mai. „Oeuvre“ zufolge werde Millerand Herriot ins Kabinett berufen und ihm vorgeschlagen, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Würde Millerand Bedingungen stellen, dann werde Herriot wahrscheinlich erwidern, seine Mitwirkung zu verweigern. Würden keine Bedingungen gestellt, dann würde er sich an die Sozialisten wenden und ihre Mitwirkung fordern. Sprechet sich der für den 1. Juni einberufene Kongreß der Sozialisten für eine Beteiligung an der Regierung

aus, dann werde das Kabinett der Linken tatsächlich die Regierung übernehmen. Sprechet er sich dagegen aus, dann würde der mit der Regierungsbildung beauftragte Politiker andere Unterstützung suchen müssen. Würde Herriot aus irgendwelchen Gründen die Kabinettsbildung nicht annehmen, dann würde sich Millerand wahrscheinlich an Briand wenden. „Oeuvre“ demotiert übrigens alle im Umlauf befindlichen Ministerlisten und erklärt ausdrücklich, wenn die Führer der neuen Mehrheit jemanden ihre Ansicht anvertrauen, würden sie das jedenfalls nicht gegenüber der Rechtspresse tun, die mit dergleichen Nachrichten aufwarte.

### Die Rüstung zur See

London, 15. Mai. Im Unterhause kündigte der Premierminister Macdonald ein umfassendes Programm für Forschungen und Versuche zur Entwicklung des Luftschiffahrtswesens an. Zunächst soll eins der vorhandenen britischen Luftschiffe umgebaut werden. Ferner würden zwei neue Luftschiffe hergestellt werden. Diese seien bestimmt, den Dienst nach Indien zu übernehmen. Zu diesem Zwecke solle eine Zwischenlandungsstelle geschaffen werden. Für die künftige Organisation der Luftflotte solle eine Reserve an Personal und Material gebildet werden, was bedeutungsvoll sein würde, vorausgesetzt, daß die Luftschiffe sich für gewisse wichtige Verteidigungsfunktionen eignen. Das Programm für die ersten drei Jahre werde 1.200.000 Pfir. beanspruchen.

Ein Vertreter der Regierung sagte im Unterhause auf eine Anfrage, daß der gegenwärtige Kongreß der Vereinigten Staaten Vorschläge berate, 8 leichte Kreuzer von je 10.000 Tonnen, 6 kleine Kanonenboote und ein U-Boot zu bauen. Man habe ebenfalls Nachrichten, daß Italien im Begriff stehe, 2 leichte Kreuzer von je 10.000 Tonnen, 4 Zerstörer und 4 U-Boote in Bau zu nehmen.

Kein Schuß wird in einem künftigen (mit den oben angegebenen brutalen und unmenschenlichen Mitteln geführten, D. Red.) Krieg für Deutschland fallen, kein Schlag für Frankreich geführt werden. Beide Völker, und alle, die mit ihnen zusammengehen, würden nur für eine einzige Wacht ihr Blut vergießen und diese Wacht ist Moskau. Moskau als Hauptstadt von Rußland, und Moskau als das Haupt der kommunistischen Internationale. Ein großer europäischer Krieg

würde zum Einmarsch der Roten Armee, und im entscheidenden Augenblick zu Aufständen, Revolten und Revolutionen führen, denen die europäischen Staaten nicht gewachsen wären. Sollte aber jemand mit Rußlands militärischer Landesgenossenschaft rechnen, so mag er versichert sein, daß die Sowjets für niemanden die Kasernen aus dem Feuer holen als für sich, und die Moskauer Kräfte sich jeder genau ansehen, bevor er sie für sich herbeizieht.